



Leseprobe aus Müller und Munsch, Jenseits der Intention –
Ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation,
ISBN 978-3-7799-6199-4 © 2021 Beltz Juventa in der
Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6199-4](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6199-4)

Inhalt

I Einleitung

Jenseits der Intention. Ambivalenzen, Störungen
und Ungleichheit mit Partizipation zusammendenken
Chantal Munsch und Falko Müller 10

Partizipation in ihren Zusammenhängen entdecken.
Fragerichtungen für ethnografische Beobachtungen
Chantal Munsch und Falko Müller 37

II Veranstaltete Partizipation

Im Klassenrat – Handlungsmacht zwischen Passung
und Verletzbarkeit
Alexandra Flügel 52

Verschlagworten und Systematisieren in moderierten
Beteiligungsprozessen – Oder: Wie Erfahrungswissen
unsichtbar gemacht wird
Stephanie Pigorsch 63

Wie eine Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit Eltern
hergestellt wird. Analyse der Erarbeitung eines „Konsenses“
während eines Elternabends
Jonas Ringler 76

„Die Mädchen können doch einfach mitspielen“. Praktiken
der Zurückweisung eines Vorschlags bei einer Kinderkonferenz
Magdalene Schmid 88

III Partizipation ohne Einladung

„Beziehungsweise“ Partizipation
Sandra Kuchler 98

Regeln als Medium von Partizipation.
Herstellung von Regeln zwischen institutionalisierter
Schulversammlung und Alltag in einer Demokratischen Schule
Tobias Leßner 109

„Sich Beschweren“. Abhängigkeit und Partizipation
in der häuslichen Sterbebetreuung
Falko Müller 121

Partizipative Theaterarbeit und mehr. Von der geplanten
und ungeplanten Verrückung von Machtverhältnissen
in der Wohnungslosenhilfe
Michael Wrentschur 134

IV Partizipation in institutionellen Kontexten

Partizipation im Alltag der Sozialpädagogischen Familienhilfe
Oliver Käch und Heinz Messmer 148

Der Herstellungsprozess einer Umarmung in der stationären
Kinder- und Jugendhilfe
Erna Lemke 161

Was später im Bericht steht, entscheidet dann die Fachkraft.
Eine ethnographische Betrachtung einer alltäglichen
Beteiligungspraxis in einem Allgemeinen Sozialen Dienst
Andreas Matzner 172

Mehr als Worte – Praktiken der Kommunikationsassistentz
Imke Niediek 184

V Hürden für Partizipation

Keiner sagt was. Wie die Praxis der freundlichen Frage Barrieren
für Partizipation ausblendet
Chantal Munsch 200

Die Un_Möglichkeit der Partizipation an Ermessensentscheidungen
im Kontext ALG II. Einblicke in eine Beratungssituation
Sarah Schirmer 212

Einfach so mitmachen geht nicht. Zugänge im Raum der Offenen Kinder- und Jugendarbeit als herausfordernde Partizipationsvoraussetzung <i>Moritz Schumacher</i>	224
Die Autor_innen	236

Jenseits der Intention

Ambivalenzen, Störungen und Ungleichheit mit Partizipation zusammendenken

Chantal Munsch und Falko Müller

Eine Jugendliche geht am Kochtopf in der Küche der Wohngruppe vorbei, in dem eine Suppe köchelt, die von der Gruppe zubereitet wurde. Sie greift in die Schüssel mit den Chilischoten und schmeißt eine ganze Handvoll davon in die Suppe. Die Suppe ist verdorben.

Ein Patient liegt im Bett und beschwert sich wiederholt über seine Versorgung. Er ist wütend, echauffiert sich und schimpft.

Im Klassenrat entwickelt sich eine verbale Rangelei darüber, dass der Klassensprecher nur gewählt worden sei, weil er die Stimmen aus Freundschaft bekommen habe.

Eine Pädagogin stellt eine Frage zum weiteren Vorgehen an die Gruppe. Niemand sagt etwas und sie wertet das als Zustimmung.

Beispiele wie die hier geschilderten fügen sich nicht in die gängigen Vorstellungen von Partizipation. Sie in einen Zusammenhang mit Partizipation zu stellen, mag zunächst irritieren. Der Akt der Jugendlichen erscheint destruktiv, sie zerstört etwas, das von der Gruppe gemeinsam geschaffen wurde. Der Patient wirkt wegen seiner Beharrlichkeit wie ein Querulant, der nicht an einer konstruktiven Lösung interessiert ist. Rangeleien und Affekte wie Neid sind zwar nicht selten im Umfeld von Ämtern politischer Repräsentation zu beobachten, werden jedoch kaum als konstitutive Aspekte solcher Formen von Beteiligung betrachtet, sondern eher in den Bereich des Irrationalen ausgegrenzt. Im vierten Beispiel schließlich bleibt das partizipative Angebot, einen Konsens auszuhandeln, im Raum stehen, möglicherweise, weil die Interessen der einen Partei außerhalb des in diesem Kontext Sagbaren liegen. Zerstörung, Desinteresse an konstruktiven Lösungen, emotionale Seiten von Interessenkonflikten oder die Berücksichtigung von nicht Sagbarem sind Aspekte, welche wenig thematisiert werden, wenn es um die Gestaltung, Planung und Umsetzung von Konzepten der Partizipation geht – und wenn doch, dann eher als etwas, das Partizipation entgegenstehe (also eben nicht zu ihr gehöre). Im Fokus der meisten Praxiskonzeptionen stehen eher die Herstellung von Konsens, Meinungsbildung und Entscheidungsfindung durch den Austausch rationaler Argumente, Finden einer mehrheitsfähigen Position und das Aushandeln eines Kompromisses zwischen disparaten Interessen. In der Literatur bilden Qualitätsmerkmale, denen Parti-

zipationsveranstaltungen genügen sollten, einen weiteren Schwerpunkt. Für uns sind Beispiele wie die eingangs genannten, die außerhalb dieser Fokusse liegen, jedoch der Ausgangspunkt für eine entdeckende, ethnografische Perspektive auf Partizipationspraktiken¹ in Kontexten, die wir mit diesem Sammelband voranbringen wollen.

Wenn wir uns im Folgenden mit unterschiedlichen Partizipationsverständnissen befassen, dann bewegen wir uns dabei zwischen zwei Partizipationsdiskursen, die unserem Eindruck zufolge nur lose miteinander verbunden sind. In der (sozial-)pädagogischen Praxis breit rezipiert ist ein Diskurs, der vor allem auf die Herstellung von Beteiligungsmöglichkeiten und die Umsetzung von Partizipationskonzepten zielt. Dieser Diskurs ist vor allem an einem Demokratieverständnis orientiert, das (verkürzt zusammengefasst) den Austausch von Meinungen zur Entscheidungsfindung in den Mittelpunkt stellt, mit dem Ziel, Ergebnisse zu erhalten, die von möglichst vielen akzeptiert werden können. Im vorliegenden Artikel werden wir diesen Diskurs mit dem Begriff „Partizipation als Programm“ zugespitzt betrachten. Mit diesem Diskurs wenig verbunden sind demokratietheoretische Positionen, die als radikal-demokratisch oder konstruktivistisch bezeichnet werden. Diese Positionen üben Kritik am deliberativen und repräsentativen Modell von Demokratie und zielen auf eine umfassende Demokratisierung. Dabei stellen sie Fragen der sozialen Ungleichheit, Macht- und Herrschaftsverhältnisse, insbesondere aber Dissens und Konflikte in den Vordergrund.² Dies führt in der Konsequenz zu einem veränderten, wir würden sagen, erweiterten Partizipationsverständnis, das wir mit dieser Einleitung skizzieren wollen. Wir teilen die Beobachtung, dass der Diskurs in weiten Teilen der (sozial-)pädagogischen Praxis von einem vergleichsweise engen Partizipationsbegriff geprägt ist (vgl. Walther 2010), der auf „klassischen“ Vorstellungen von politischer Beteiligung beruht und stark das Formale sowie methodische Fragen fokussiert. Partizipation reduziert sich hier vor allem auf Momente des Beteiligt-Werdens, auf Inszenierungen und Veranstaltungen mit partizipativem Charakter.

-
- 1 Wir werden in dem vorliegenden Artikel die Unterscheidung von Handlungen und Praktiken nicht systematisch aufgreifen. Dort, wo wir von Handlungen sprechen, legen wir einen „flachen“ Handlungsbegriff zugrunde, das heißt, er ist nicht mit einer Unterstellung von „Absicht“, Intention oder einem zugrunde liegenden Willen verbunden. Vom Praktikenbegriff unterscheidet er sich dadurch, dass er die Zuschreibung bzw. Zurechenbarkeit einer „Urheberschaft“ an ein „Subjekt“ impliziert, die jedoch nicht von uns vorgenommen wird, sondern feldimmanent zu verstehen ist (vgl. hierzu Lindemann 2013 und Hirschauer 2016).
 - 2 Zum Vergleich verschiedener Demokratietheorien in Bezug etwa auf die Bedeutung von Konsens, Rationalität oder das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit vgl. z. B. Ferree et al. 2002.

Mit dem vorliegenden Band möchten wir die Verbindung zwischen diesen beiden Diskursen ausbauen, den Blick auf Partizipation weiten bzw. öffnen³ sowie anhand der ethnografischen Episoden und Analysen zeigen, dass ein solchermaßen erweitertes Partizipationsverständnis an die Praxis der verschiedenen, hier versammelten Felder anschlussfähig ist. Zugleich machen die Episoden gerade in der Zusammenschau deutlich, wie Ethnografie durch die differenzierte Beschreibung alltäglicher Praktiken Aspekte von Partizipation verdeutlichen kann, die in der Enge mancher Begriffe und Konzepte inhaltlich verloren gehen. Dazu möchten wir hier ein Begriffsverständnis herausarbeiten, das Partizipation in unterschiedlichsten Äußerungsformen und Praktiken auch jenseits veranstalteter Formate und intendierter Zielsetzungen zu erkennen vermag und das zugleich die mit Partizipation verbundenen widersprüchlichen Aspekte, wie etwa soziale Ausschließung und Begrenzungen, einbezieht. Dabei wollen wir uns darauf festlegen, den normativen Bezugspunkt dessen, woran Partizipation als solche bestimmt wird, vom Alltag (und nicht von geplanten und intendierten Zielen) her zu denken. Partizipation bedeutet so betrachtet, dass Menschen aktiv und in Kooperation mit anderen versuchen, den Alltag mit seinen verschiedenen Tätigkeitsbereichen auf eine Weise zu gestalten, dass sie weitestgehend nach ihren eigenen Vorstellungen leben können und darin möglichst wenig beschnitten werden und Beschädigungen ihres Lebens möglichst abwenden. Auch mit der vorgeschlagenen Öffnung des Partizipationsbegriffs erkennen wir die Bedeutung formaler und methodischer Aspekte, gerade auch für die Ermöglichung von Partizipation in Bezug auf den Schutz vor Beschädigungen und Benachteiligungen, an. Zu vermeiden ist aus unserer Sicht jedoch eine Reduktion von Partizipation auf das Formale ebenso wie die Tendenz, Ambivalenz zugunsten eindeutiger Definitionen von Partizipation einseitig aufzulösen.

Die vorliegende Auseinandersetzung soll also einen Rahmen schaffen, der es erlaubt, die sehr unterschiedlichen Formen und Kontexte von Partizipation, die mit den Beiträgen hier im Band versammelt sind, unter diese Überschrift zu fassen. Unsere Argumentation ist dabei so aufgebaut, dass wir uns zunächst mit einigen Aspekten von Partizipation auseinandersetzen, die häufig Partizipationskonzepten im institutionellen und pädagogischen Zusammenhang zugrunde liegen und der Vorstellung von „Partizipation als Programm“ zuzurechnen sind. Uns interessiert dabei zunächst die Frage, was ausgeblendet wird, wenn

3 Im Folgenden werden die beiden Begriffe eines „weiten“ und „offenen“ Partizipationsverständnisses genutzt und beziehen sich dabei auf die gleiche Idee. Der Begriff der Weite betont die Vielfalt der in Bezug auf Partizipation zu betrachtenden Aspekte; der Begriff der Offenheit betont, dass diese verschiedenen Aspekte nicht ein für alle Mal abschließend festgelegt werden können und dass Partizipation immer wieder neu reflektiert und die Diskussion darum nicht (etwa mit Definitionen und Methoden) abgeschlossen werden sollte.

Partizipation, wie dort üblich, über Form, Qualität und Standards definiert wird. Ausblendungen verstehen wir dabei grundsätzlich als konstitutive Folge jedes Versuchs, einen Gegenstand einzugrenzen bzw. zu definieren (vgl. z. B. Bauman 1995, S. 296 ff.). Im weiteren Fortgang des Artikels möchten wir ein zugleich breites, aber auch kritisches Begriffsverständnis entwickeln. Dieses arbeiten wir in mehreren Argumentationsschritten heraus und möchten damit zeigen, welche Unterschiede sich ergeben, wenn man aus verschiedenen Blickwinkeln auf Partizipation schaut. Dies verstehen wir als eine Grundlage für die entdeckende, ethnografische Perspektive auf Partizipationspraktiken in Kontexten, die wir mit diesem Sammelband voranbringen wollen.

Im auf den vorliegenden Text folgenden Artikel nehmen wir schließlich eine Übersetzung der hier vorgestellten Überlegungen in eine Forschungsperspektive vor, von der wir uns erhoffen, dass sie zugleich auch als Reflexionsrahmen in Bezug auf konkrete Praxiskontexte fruchtbar werden kann. In diesem Zusammenhang stellen wir schließlich auch die einzelnen, im vorliegenden Band versammelten Beiträge vor.

1 Partizipation als Veranstaltung und als Programm

In den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten haben die Aufmerksamkeit für und der Stellenwert von Partizipation sowohl in den institutionellen Kontexten des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens als auch im Bereich der politischen Beteiligung in demokratischen Gesellschaften enorm zugenommen. Partizipation gilt seit Längerem als Konjunkturthema (Wagner 2012, S. 16). Entsprechend gibt es eine kaum zu überblickende Fülle von Publikationen mit den unterschiedlichsten Schwerpunkten. Partizipation wird unter anderem als „Demokratiebaustein“ (Urban 2005) bezeichnet und beispielsweise im institutionellen Kontext der Sozialen Arbeit als programmatischer „Schlüsselbegriff“ gehandelt (z. B. Schnurr 2018). Andererseits ist aber auch von einem „Sammelbegriff“ (Wesselmann 2019, S. 98) die Rede, denn Partizipation ist assoziiert mit den oft synonym, aber „weniger trennscharf“ (Wagner 2017, S. 43) verwendeten Begriffen Beteiligung, Mitwirkung, Teilhabe, Teilnahme und Mitbestimmung. Partizipation ist zudem mit der Idee von Autonomie und Selbstbestimmung verknüpft. Diesen Zusammenhang verdichtet Ulrike Urban in dem Ausspruch: „Es wird über unsere Angelegenheiten entschieden, also haben wir ein Recht darauf, mitzuentcheiden!“ und erläutert, „Partizipation wird folglich eingeklagt auf der Grundlage der Menschenrechte, der Selbstbestimmungsrechte und der menschlichen Würde“ (Urban 2005, S. 1).

Die Rede über Partizipation bezieht sich dabei auf sehr unterschiedliche Zusammenhänge: Auf die gemeinsame Gestaltung unterschiedlicher Lebensbereiche im (bürgerschaftlichen) Engagement, auf demokratische Beteiligung als

Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der kommunalen Planung, auf das Vermitteln von hierfür als notwendig erachteten Kompetenzen in politischer Bildung („Demokratie lernen“ in Schule und Kinder- und Jugendarbeit) sowie auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der Beteiligung in (institutionellen) Abhängigkeitsverhältnissen. Damit sind Kontexte aufgerufen, in denen Partizipation typischerweise inszeniert und veranstaltet wird. Auch wenn dabei durchgängig von Partizipation die Rede ist, unterscheiden sich diese Kontexte nicht nur in ihren spezifischen Zwecksetzungen und den Zielen, die mit einer Partizipationsveranstaltung verfolgt werden, sondern auch in den Bedingungen und Möglichkeiten der Partizipation für die Beteiligten. Abhängigkeitsverhältnisse bestehen beispielsweise bei wohlfahrtsstaatlichen Interventionen und Dienstleistungen, die durch Wissens- und Machtasymmetrien gekennzeichnet sind, unter anderem in der medizinisch-pflegerischen Versorgung, in Sozialhilfekontexten und Hilfen zur Erziehung. Mitbestimmung hat in diesen Kontexten für die Betroffenen, wenn es etwa um die Art, den Umfang und die Ziele von Unterstützung oder Therapie geht, eine andere Bedeutung, andere Voraussetzungen und Folgen als freiwilliges Engagement in einem Nachbarschaftstreff oder die Teilnahme an einem von Lehrkräften moderierten partizipativen Projekt zur Neugestaltung des Schulhofes.

In Bezug auf die vielfältigen Formate, in denen zu Partizipation „eingeladen“ wird, in denen sie „ermöglicht“ und „gefördert“ werden soll oder Belange und Interessen zu „berücksichtigen“ sind, in denen Partizipation also mit bestimmten Zwecksetzungen verbunden ist, sprechen wir von Partizipation als einem Programm. Mit diesem Begriff fokussieren wir – etwas zugespitzt – einen bestimmten Aspekt von Partizipation in den verschiedenen genannten Kontexten; wir betrachten sie als etwas, das institutionalisiert und „veranstaltet“ wird. Ein wesentliches Element dessen sind spezielle Partizipationsmethoden. Zu nennen sind für offenere Beteiligungsformate und Planungsprozesse insbesondere die Zukunftswerkstatt, das World Café oder die Open Space Methode, in denen Gruppen Ideen entwickeln können. Partizipationsmethoden beschreiben jeweils Wege zur Lösung spezifischer Probleme, die dem Sich-Beteiligen oder Beteiligt-Werden im Wege stehen – so sollen sie etwa Kreativität fördern, wo sie sonst gehemmt wird. Sie beschreiben Arbeits- und Kommunikationsformen, wie das Schreiben von Karteikarten in Kleingruppen, die Einteilung eines Prozesses in bestimmte Phasen oder die Verteilung von Rollen. Partizipation erscheint hier als eine spezifische, nach bestimmten Regeln durchgeführte und moderierte Interaktionsform, bei der ein_e Moderator_in die Verantwortung hat, eine Gruppe an Teilnehmer_innen in bestimmter Weise zu einem Ergebnis zu begleiten.

Die Formate, in denen *Partizipation als Programm* stattfindet, sind also in spezifischer Weise gestaltete Veranstaltungen. Prominent sind etwa Klassenräte, Bewohner_innenräte in Heimeinrichtungen, die Beteiligung in Hilfeplanver-

fahren, Jugendparlamente, Zukunftswerkstätten oder Projekte, in denen etwa die Gestaltung eines Spielplatzes gemeinsam geplant wird. Diese Formate verleihen Partizipationsveranstaltungen an ganz unterschiedlichen Orten typische Formen mit ähnlichen Abläufen. Sie sind durch spezielle Rollen und Interaktionsmuster geprägt und haben einen klaren Anfang und ein Ende. Partizipation erscheint hier also als eine besondere, aus dem Alltag herausgehobene, gestaltete Situation, die nicht selten mit Stolz in der öffentlichen Selbstdarstellung von Einrichtungen hervorgehoben wird und das eigene pädagogische Selbstverständnis prägt. Das deklarierte Ziel solcher Veranstaltungen ist die Öffnung und Gestaltung von spezifischen Räumen, in denen Bedürfnisse und Interessen der Beteiligten artikuliert werden können und sollen, damit sie auf dieser Grundlage über bestimmte Belange mitentscheiden können, die sie betreffen.

Weil „Anspruch und Realität“ (Pluto et al. 2003) dennoch häufig auseinander liegen, bilden Qualitätsstandards einen Schwerpunkt in den Publikationen über Partizipation in institutionellen Zusammenhängen. Um die Beteiligung von Adressat_innen bestmöglich zu gewährleisten, sollen Pädagog_innen und andere Professionelle in ihren Partizipationsprojekten auf Transparenz, die Klarheit von Entscheidungsspielräumen, verständliche Informationen oder die zeitnahe Umsetzung von Ergebnissen achten (vgl. z. B. Bundesministerium 2015).

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Intensität der Beteiligung. Praktisch bieten hier Instrumente wie etwa prominent die „Partizipationsleiter“ nach Roger Hart (vgl. Stange/Meinhold-Henschel/Schack 2008, S. 23–26) eine Handreichung zur Planung und Überprüfung an. Dieses Modell unterscheidet anhand von Stufen verschiedene Grade von Partizipation. Die Differenzierung zwischen Nicht- oder Alibipartizipation, Information und Anhörung, ohne oder mit Mitsprache bei der Entscheidung sowie Selbstorganisation zeigt das Ausmaß an, in welchem die Beteiligten mitbestimmen können. Mit den Stufen stehen formale Kriterien zur Verfügung, mit deren Hilfe als Partizipation deklarierte Projekte als nicht-„echte“ Partizipation erkannt werden können oder gezielt an der graduellen Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten gearbeitet werden kann. Wenn aber vor allem darüber nachgedacht wird, welchen Qualitätsanforderungen und Kriterien Partizipationsprozesse genügen sollen (vgl. z. B. auch Straßburger/Rieger 2014), erscheint dadurch der Gegenstand der Partizipation, also die „Belange“, über die Beteiligte mitbestimmen sollen, als nachrangig oder beliebig.

Woran beteiligt werden soll, ist jedoch, wie Thomas Wagner betont, alles andere als austauschbar (Wagner 2012, S. 17 f.). Schließlich bedeutet es einen Unterschied, ob die Bewohner_innen in einer Heimeinrichtung in voller Intensität über den Speiseplan mitbestimmen und den Einkauf, die Zubereitung des Essens, die gemeinsame Mahlzeit und den Abwasch selbständig organisieren, oder ob sie über die Aufnahme neuer Mitbewohner_innen oder auch die Einstellung von Betreuungspersonal mitbestimmen. Diese inhaltlichen und für die

Beteiligten wesentlichen Unterschiede bilden die formalen Instrumente wie Partizipationsleitern oder -pyramiden kaum ab. Ebenso wenig berücksichtigen sie, dass Prozesse und Anlässe der Beteiligung und Mitwirkung durchaus – auch wenn sie „gut gemacht“ sind – nicht immer über einen emanzipatorischen Gehalt verfügen, der die Selbstbestimmung der Beteiligten fördern würde. Hierzu ließen sich einige Beispiele aus dem wohlfahrtsstaatlichen Kontext anführen, vor allem solche, in denen „Compliance“ eine Rolle spielt (vgl. Dierkes 2017), also die Mitwirkung von Klient_innen im Sinne einer institutionell oder professionell vordefinierten Problemdefinition.

Mit dieser zugespitzten Kritik an der *Partizipation als Programm* weisen wir auf ihren tendenziell instrumentellen Charakter und die darin enthaltene besondere Ambivalenz hin, die sich (und das ist es, was wir betonen möchten) letztlich nie ganz vermeiden lässt. Wagner (2012) macht darauf aufmerksam, dass Partizipation „stets in einem Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Herrschaft eingebettet ist“ (ebd., S. 23). Wenn Partizipation instrumentell eingesetzt wird, lässt sich dies als Regierungstechnologie beschreiben. Dass die Beteiligung von Schüler_innen, Adressat_innen von Hilfen zur Erziehung oder Bürger_innen an der Erstellung von Regeln und „Vereinbarungen“, die ihnen selbst Beschränkungen auferlegen, als Partizipation deklariert wird, macht sie – mehr oder weniger intendiert – zu einem Werkzeug, das Widerstände verringert. Typisch in diesem Zusammenhang erscheint der Appell an vermeintliche Regelbrecher_innen, man habe diese Regel doch gemeinschaftlich beschlossen! Neben der Rede von „Alibi-Partizipation“ verweisen einige Autor_innen darauf, dass der instrumentelle Einsatz partizipativer Verfahren und Methoden, statt zur Selbst- und Mitbestimmung, eher dazu beiträgt, „hierarchisch angelegte Entscheidungs- und Steuerungsprozesse über die Beteiligung von ‚betroffenen‘ Akteuren effektiver zu gestalten und zu legitimieren“ (ebd., S. 21) oder die „Gewinnung manageriellen Planungs- und Herrschaftswissens“ (ebd.) zu befördern. In sozialrechtlichen Kontexten, als ein Beispiel, ist die Gewährung von Leistungen an die Mitwirkung im Hinblick auf die nicht immer selbst bestimmten Ziele der Unterstützung gekoppelt. Somit kann Partizipation auch dafür eingesetzt werden, „die Beteiligten auf einen unhintergehbaren Konsens zu verpflichten und auf diese Art und Weise Konflikte und abweichende Meinungen bzw. Interessen als Lärm zu unterdrücken“ (Wagner 2017, S. 47).

Das beschriebene, an Methoden, Formaten und Standards orientierte Verständnis von Partizipation führt tendenziell zu einer Formalisierung von Partizipation, die bestimmte Aspekte in den Hintergrund rückt und Ambivalenzen ausblendet. Mit der Engführung auf Planung, auf Qualität, Kriterien und Methodisierung gerät mehr und mehr aus dem Blick, wie der jeweilige Kontext der veranstalteten Formate die Bedingungen und Möglichkeiten von Partizipation vorstrukturiert. Denn auch wenn Methoden und Verfahren Partizipation fördern und Beteiligung erleichtern, gilt, dass „partizipatives Handeln immer nur